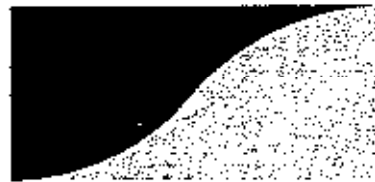


Sozialdemokratischer Pressedienst

Chefredakteur:
Helmut G. Schmidt
Heussallee 2-10, 5300 Bonn 1

Postfach: 1204 08
Telefon: (02 28) 21 90 38/39
Telex: 08 86 846 opbn d



Inhalt

Hans-Jochen Vogel, Vorsitzender der SPD-Fraktion im Berliner Abgeordnetenhaus, erinnert an den 20. Dezember 1971: Ein Meilenstein der Menschlichkeit.

Seite 1

Egon Franke MdB, Bundesminister für innerdeutsche Beziehungen, würdigt den Abschluß des Transitabkommens heute vor zehn Jahren: Ein enormer Fortschritt.

Seite 3

Peter Glotz, SPD-Bundesgeschäftsführer, lobt das Beispiel des Ostberliner Schriftstellertreffens: In Deutschland muß miteinander gesprochen werden.

Seite 4

Freimut Duve MdB entwickelt zehn Thesen zur Situation des Umweltschutzes: Lokal 2000!

Seite 6

Dokumentation

Björn Engholm MdB beim SPD-Forum "Kinder und Fernsehen": Wir brauchen diese neuen Medien nicht.

Seite 7

Herausgeber und Verleger:
Sozialdemokratischer
Pressedienst GmbH
Godesberger Allee 108-112
5300 Bonn 2
Telefon: (02 28) 8 12-1

36. Jahrgang / 241

17. Dezember 1981

Ein Meilenstein der Menschlichkeit

Vor zehn Jahren gab es "grünes Licht" für DDR-Besuche

Von Dr. Hans-Jochen Vogel

Vorsitzender der SPD-Fraktion im Abgeordnetenhaus von Berlin

Das Weihnachtsfest 1971 war für die Menschen in und um Berlin in besonderem Maße ein Fest der Hoffnung. Millionen Menschen in beiden Teilen Berlins und in der DDR wußten an diesem Tag, daß sie einander im nächsten Jahr nach langen Jahren, manchmal nach mehr als einem Jahrzehnt der Trennung endlich wiedersehen würden. Am 20. Dezember 1971, vier Tage vor dem Weihnachtsfest, hatte der damalige Chef der Staatskanzlei, Senatsdirektor Ulrich Müller, die Vereinbarung zwischen dem Senat und der Regierung der DDR über Erleichterungen und Verbesserungen des Reise- und Besucherverkehrs nach langen Verhandlungen unterzeichnet. Das Viermächte-Abkommen vom 3. September desselben Jahres hatte diese Vereinbarung möglich gemacht. Nach diesen Übereinkünften sollten die Einwohner der Westsektoren unserer Stadt vom 3. Juni 1977 an die Möglichkeit erhalten, sich insgesamt 30 Tage im Jahr in dem anderen Teil der Stadt aufzuhalten und auch das Gebiet der DDR zu besuchen, das den West-Berlinern seit 1952 verschlossen gewesen war.

Die Bedeutung des 20. Dezember 1971 für die Gefühlsgemeinschaft der Berliner und der Deutschen und damit für ein konstitutives Element jeder Nation kann kaum hoch genug veranschlagt werden. Begegnungen zwischen Verwandten, Freunden und Bekannten waren bereits in den letzten Kriegsjahren immer schwieriger geworden. Auch in den ersten Nachkriegsjahren gab es eine Fülle von Reisebeschränkungen, die sich allerdings in Berlin bei Reisen in die damalige Sowjetische Besatzungszone zunächst weniger auswirkten. Vom 1. Juli 1952 an wurde jedoch den West-Berlinern - von geringen Ausnahmen abgesehen - jeder Aufenthalt in der DDR untersagt.

PrintGarten-Übungen
mit maximaler Raumgröße
Recycling-Papier



Es blieb nur noch die Möglichkeit, sich mit seinen Freunden und Verwandten in dem sowjetischen Sektor Berlins zu treffen. Am 23. August 1961 wurde auch diese Möglichkeit, den menschlichen Kontakt aufrechtzuerhalten, unterbrochen. Der Telefonverkehr war schon seit 1952 fast völlig zum Erliegen gekommen. Dank der Initiative von Willy Brandt wurde die vollständige Absperrung in den Jahren 1963 bis 1966 jeweils durch Absprachen über kurze Besuche - vor allem während hoher Festtage - durchbrochen. Der Name des damaligen Unterhändlers Horst Korber ist für viele Berliner über seinen Tod hinaus mit diesem ersten Schritt in Richtung auf mehr Menschlichkeit verbunden.

Schon während der vorgezogenen Anwendung der Vereinbarung vom 20. Dezember 1971 an den Oster- und Pfingstfeiertagen des Jahres 1972 besuchten 1,24 Millionen Westberliner den anderen Teil der Stadt und die DDR. In dem knappen Jahrzehnt, das seit dem endgültigen Inkrafttreten der Vereinbarung verstrichen ist, waren es fast 30 Millionen. Wahrscheinlich wären es noch mehr, wenn die DDR nicht 1974 und 1980 den Besuchern erhebliche zusätzlich finanzielle Lasten auferlegt hätte. Das waren schmerzliche Rückschläge. Es waren aber auch Anzeichen dafür, auf welcher Seite die Stärke der Beharrlichkeit und auf welcher Seite die Schwäche der Abgrenzungsbedürftigkeit liegt.

Für die Berliner ist der 20. Dezember 1971 jedenfalls ein Tag um sich daran zu erinnern, welche großen Fortschritte durch Beharrlichkeit zu erzielen sind. Der jetzt erreichte Zustand ist dabei noch keineswegs der der Normalität. Weitere Verbesserungen und Erleichterungen sind nicht nur denkbar, sondern geboten. Der Artikel 6 der Vereinbarung sieht ausdrücklich vor, daß unter Berücksichtigung der Erfahrungen und im Zusammenhang mit einer weiteren Verbesserung der Lage, auch weitere Erleichterungen vereinbart werden können. Die Berliner Sozialdemokraten haben daran erinnert und unter anderem eine Verlängerung der Ein- und Ausreisezeiten, die es ja früher schon gegeben hat, die Zulassung der Einreise mit dem Fahrrad, die Zulassung der Einreise mit Hunden und die Eröffnung eines weiteren Übergangs durch Wiederinbetriebnahme des Bahnsteiges der U-Bahn-Linie 8 im Bahnhof Alexanderplatz vorgeschlagen. Das Abgeordnetenhaus von Berlin hat auf Antrag der SPD-Fraktion entsprechende Aufträge an den Senat beschlossen.

Bundeskanzler Helmut Schmidt hat diese Fragen sodann bei der Begegnung am Werbellin-See zur Sprache gebracht. Die Berliner Sozialdemokraten werden auch künftig nicht locker lassen. Und sie werden immer wieder sagen, daß Politik an den praktischen Verbesserungen für die Menschen gemessen werden muß.

(-/17.12.1981/ks/ca)

+ + +



Ein enormer Fortschritt

Vor zehn Jahren wurde das Transitabkommen mit der DDR unterzeichnet

Von Egon Franke MdB

Bundesminister für innerdeutsche Beziehungen

Heute vor zehn Jahren wurde das erste Regierungs-Abkommen zwischen der Regierung der Bundesrepublik Deutschland und der Regierung der Deutschen Demokratischen Republik unterzeichnet, das den Transitverkehr zwischen der Bundesrepublik Deutschland und Berlin (West) auf eine gesicherte vertragliche Grundlage in Übereinstimmung mit dem Viermächte-Abkommen stellte.

Sichere Verkehrswege für Personen und Güter zwischen dem Bundesgebiet und Berlin (West) sind eine unerlässliche Voraussetzung für die Lebensfähigkeit von Berlin (West). In dem Transitabkommen hat sich die Regierung der DDR verpflichtet, den Transitverkehr zu erleichtern und in der einfachsten, schnellsten und günstigsten Weise durchzuführen, wie es in der internationalen Praxis vorzufinden ist. Welcher enorme Fortschritt sich hinter dieser selbstverständlich klingenden Formulierung des Transitabkommens verbirgt, ist nur zu ermesen, wenn man sich der Zustände, Probleme und Krisen der Zeit vor seinem Inkrafttreten erinnert und sie mit der heutigen Praxis vergleicht. Schmale Übergänge aus den 50er und 60er Jahren wurden auf beiden Seiten ausgebaut und verbreitert und die Abfertigungszeiten der Reisenden dadurch erheblich verkürzt.

Die durch das Transitabkommen eingetretene Rechtssicherheit bei der Benutzung der Transitstrecken ist besonders hervorzuheben. Während früher die Transitwegewillkürlich gesperrt und ganze Personengruppen ausgeschlossen sowie Reisende durch Organe der DDR durchsucht und verhaftet wurden, ist dies heute nicht mehr der Fall.

Abwechselnd in Bonn und Ost-Berlin trifft sich die Transitkommission in regelmäßigen Abständen, um Meinungsverschiedenheiten über die Anwendung und Auslegung des Abkommens zu beseitigen. Sie besteht aus Experten der DDR und der Bundesrepublik, die in einem ständigen Dialog jeden strittigen Einzelfall zu klären versuchen, Beschwerden prüfen und Verbesserungswünsche behandeln.

Schließlich ist eine Reihe von praktischen Verbesserungen in diesen zehn Jahren vereinbart und durchgeführt worden, die ohne das Transitabkommen sicher nicht erreicht worden wären. Hierzu zählen insbesondere die vollständige Erneuerung der Autobahn nach Helmstedt/Marienborn, der Neu- beziehungsweise Ausbau von Autobahnteilstücken für eine durchgehende Autobahn-Verbindung zwischen Berlin (West) und der Grenze bei Herleshausen, der Neubau einer Autobahn auf der Strecke nach Norden in Richtung Hamburg. Der Zugverkehr von und nach Berlin (West) wurde verbessert. Durch Öffnung des Eisenbahnübergangs Staaken wurden die Fahrzeiten in nördlicher Richtung verkürzt. Außerdem wurden an den Bahnhöfen Spandau und Wannsee zusätzliche Haltepunkte geschaffen. Zur Verbesserung des Binnenschiffsverkehrs wurden Schäden an den Transitwasserstraßen beseitigt; mit der Eröffnung des Teitow-Kanals für den Schiffsverkehr wurden die Fahrzeiten bis zu zwei Tagen verkürzt.

Es ist festzustellen, daß sich das Transitabkommen in den zehn Jahren seines Bestehens gut bewährt hat. Dies wird nachdrücklich dokumentiert durch den ständigen Anstieg des Verkehrs auf den Landwegen von 7,5 Millionen Reisenden im Jahr 1971 auf 19,4 Millionen im Jahre 1980.

Natürlich hat es auf beiden Seiten Schwierigkeiten bei der Anwendung und Auslegung des Transitabkommens gegeben, auch solche, die noch ungelöst sind. Dennoch bleibt festzuhalten, daß es nicht zuletzt Dank des Transitabkommens gelungen ist, zwei Millionen West-Berliner - obwohl ihre Stadt inmitten der DDR liegt - praktisch und psychologisch näher an die Bundesrepublik heranzurücken. Damit wurde zugleich ein wesentlicher Beitrag zur Entspannung der Lage Berlins und zur Sicherheit in Europa geleistet.

(-/17.12.1981/ks/ca)

Vernünftiger Umgang
mit wertvollen Rohstoffen
Recycling-Papier



Die Schriftsteller gaben ein Beispiel

In Deutschland muß miteinander gesprochen werden

Von Dr. Peter Glotz
SPD-Bundesgeschäftsführer

Nachdenken über Deutschland, miteinander reden in Deutschland; Das geschah in diesen Tagen, weil es der Kalender so fügte, nahezu zeitgleich auf zwei sehr verschiedenen Ebenen und zwischen sehr unterschiedlichen Menschen, Übrigens auch in sehr verschiedenen Landschaften, beidemal im anderen deutschen Staat. Am Werbellinsee in der Uckermark trafen sich der Bundeskanzler und der DDR-Staatsratsvorsitzende zu einem Meinungsaustausch, wie er so intensiv in der deutschen Nachkriegsgeschichte ohne Beispiel ist. In Ost-Berlin am Alexanderplatz saßen fast zur selben Stunde Schriftsteller aus Deutschland-West und Deutschland-Ost zusammen an einem Tisch, um öffentlich über den Frieden zu reden. Man muß sich bis in die Zeit zurückerinnern, ehe die beiden deutschen Gebilde endgültig zu Staaten wurden, um Vergleichbares wiederzufinden.

Die Zeit ist fortgeschritten. Auf staatlicher Ebene sind die deutsch-deutschen Kontakte seit dem Erfurter Treffen von Willy Brandt und Willi Stoph wieder geknüpft, wenn auch nicht durchweg voll genutzt worden. Helmut Schmidts Besuch in der DDR hat diesen Dialog wieder in Gang gebracht und Vertrauen geschaffen, ohne daß es Fortschritte in den vielen, die Menschen hier und in der DDR bedrängenden Fragen nicht geben kann.

Die Schriftsteller in Ost-Berlin brauchten dazu den Nationen-Gedanken nicht zu strapazieren. Viele von ihnen haben ihn schon in der Vergangenheit mehr als andere, die gern darüber reden, gelebt, indem sie schrieben. Heute stand für sie genau wie für die Politiker ein anderes Thema im Mittelpunkt, das verbindet,



nämlich die gemeinsame deutsche Verantwortung für die Erhaltung und Sicherung des Friedens in Europa. Sie konnten sich dazu auf das berufen, was Helmut Schmidt und Erich Honecker zuvor bekräftigten: Daß von deutschem Boden nie wieder ein Krieg ausgehen dürfe.

Stephan Hermlin, der Initiator der "Berliner Begegnung zur Friedensförderung" hat in seiner Eröffnungsrede gesagt: "Manchmal lassen sich die Dinge ganz einfach verwirklichen, die manche Leute für ausgeschlossen halten, weil sie nicht bereit sind, einen Versuch zu wagen." Das will wohl sagen: Man muß auch auf das Risiko hin, mißverstanden zu werden, zuhören und annehmen können. Wer nur zuschlägt und ablehnt, wird sprachlos und macht sich ohnmächtig.

Man ist versucht, dies an die Adresse jener, keineswegs aller Politiker aus den Reihen der Union zu sagen, die das Treffen am Werbellinsee wiederum zum Schlachtfeld eines fruchtlosen parteipolitischen Streits machten. Für Franz-Josef Strauß und Friedrich Zimmermann muß die Uhr der deutschlandpolitischen Entwicklung in den Soer Jahren stehen geblieben sein. Anders ist kaum noch zu erklären, daß sie schon im vorhinein madig zu machen versuchten, was sich aus den Gesprächen Schmidts mit Honecker an konkreten Vereinbarungen und Verbesserungen für die Menschen in den beiden Deutschlands noch ergeben kann.

Niemand sollte sich deutsche Illusionen leisten. Was wir wollen können, liest sich schlicht: Als gute Nachbarn in Frieden leben. Doch das ist in Wahrheit ein ganz politisches Programm, an dem gearbeitet werden muß und für das man - vor allem - miteinander reden muß. Deshalb waren die Treffen vom Werbellinsee und am Alexanderplatz gleichermaßen von hochpolitischer Bedeutung.

(-/17.12.1981)vo-he/va)

+

+

+



Lokal 2000!

Zehn Thesen zur Situation des Umweltschutzes

Von Freimut Duve MdB

Stellvertretendes Mitglied des Bundestagsinnenausschusses

1. In den achtziger Jahren ist der Umweltschutz gefährdet: Leichtfertig werden die wirtschaftlichen Schwierigkeiten und die beschäftigungspolitische Hilf- und Ratlosigkeit dem Umweltschutz angelastet.
2. Wir haben außerordentlich viel Wissen über die Gefährdungen und Beschädigungen in den letzten Jahren angesammelt (Cadmium, Quecksilber, PCB's, Blei, SO₂ et cetera). Die Bereitschaft, aus diesem Wissen politisches und betriebswirtschaftliches Handeln werden zu lassen, ist rhetorisch groß, praktisch minimal.
3. Die Kluft zwischen Sonntagswort und Alltagstat wird zunehmend zum Hauptproblem der Umweltpolitiker. Das Verteufeln der "irrationalen Protestler" von der einen Seite schaukelt das Verteufeln industrieller Produktionsweisen von der anderen Seite hoch.
4. Die internationale Gemeinsamkeit gegen Wettbewerbsverzerrungen hat bisher mehr deklamatorischen als praktischen Wert. Spätestens auf der europäischen Ebene werden etwa der Umweltverträglichkeitsprüfung die Zähne gezogen.
5. Die Bundesrepublik steht im internationalen Vergleich nicht schlecht da. Die Bundesrepublik steht - gemessen an ihren Umweltbelastungen jedoch außerordentlich ungünstig da. Wir sollten uns nicht international messen, sondern lokal die gemessenen Werte ernst nehmen.
6. Wirksamer Umweltschutz wird langfristig nicht durch eine Ideologisierung des marktwirtschaftlichen Prinzips zu erreichen sein. Sozialdemokraten haben beschlossen, eine ökologische Kreislaufwirtschaft anzustreben. Danach handeln, heißt im Zweifel, sich für die Natur und gegen den Markt entscheiden.
7. Arbeitsplätze sind durch umweltschützende Auflagen nur in den seltensten Fällen berührt. Wir verlangen eine Bestandsaufnahme: Wo werden Produkte hergestellt (und wieviele Menschen leben von ihnen), die unter keinen Umständen umweltneutral gehandhabt werden könnten? (Konkret: Wieviele Menschen leben in der Bundesrepublik vom Cadmium?)
In Einzelfällen läßt sich ein "Investitionsstau" auf ein ganzes Bündel von Gründen zurückführen; der bequemste Grund ist dann immer der Umweltschutz.
8. Vollzugsdefizite sind auch eine Folge mangelnden Konsenses für den Umweltschutz. Millionen von Autofahrern halten sich an die Straßenverkehrsordnung (StVO), weil sie die Gefährdungen als real akzeptieren. Tausende von Betrieben halten sich nur unter äußerstem Druck und scharfer Kontrolle an die Umweltgesetzgebung.
9. Die Bekämpfung der vom amerikanischen Bericht GLOBAL 2000 vorausgesagten Gefährdungen kann nur lokal stattfinden. Bei einer Aktion lokal 2000 hat die Bundestagsfraktion der SPD nur eine geringe Einwirkungsmöglichkeit. Die allerdings werden wir stärker und spektakulärer als bisher nutzen.
10. Die Krise der von Richard Löwenthal zitierten "arbeitsteiligen Industriegesellschaft" ist eine Beschäftigungskrise. Maschinen treiben die Arbeitnehmer aus Büro und Betrieb, nicht der Umweltschutz.
(-/17.12.1981/ks/ca)

+ + +



D O K U M E N T A T I O N

Auf dem SPD-Forum "Kinder und Fernsehen" hat der Bundesminister für Bildung und Wissenschaft, Björn Engholm MdB, am Donnerstag das Einführungsreferat gehalten. Wir geben den Text im folgenden leicht gekürzt wieder.

Wir brauchen diese neuen Medien nicht

Ich mache aus meiner Meinung keinen Hehl: Wir brauchen diese neuen Medien nicht, wir brauchen vor allem keine zusätzliche privaten und kommerziellen Fernsehprogramme. Wir brauchen gewiß mehr Kommunikation in dieser Gesellschaft, aber mehr direkte menschliche Gespräche und nicht mehr elektronische Massenkommunikation. Elektronische Verbundnetze können keine persönlichen Bedingungen schaffen oder gar ersetzen. Wir müssen mehr miteinander reden und nicht noch mehr vor dem Fernseher nebeneinander schweigen. Wir müssen uns wieder mehr miteinander unterhalten und brauchen uns nicht noch mehr von anderen unterhalten zu lassen.

Wir brauchen gewiß, wie es die Kabelpropheten immer wieder fordern, neue öffentliche und private Investitionen, um Arbeitsplätze zu sichern und neue zu schaffen. Aber wir brauchen sie da, wo sie den Menschen dienen, wo sie unstreitig vorhandene Bedürfnisse decken und nicht nur einen angeblichen, aufgeschwätzten Bedarf. Wir haben einen großen Investitionsbedarf im Energiesektor, im Wohnungsbau und nicht zuletzt auch im Bildungswesen, um nur einige zu nennen. Wir brauchen Hunderttausende neue Wohnungen für die geburtenstarken Jahrgänge, die in den nächsten Jahren einen eigenen Hausstand begründen wollen dazu neue Programme zur Sanierung alter Häuser und Stadtkerne. Wir brauchen breit angelegte Energiesparprogramme von der Wärmedämmung bis hin zur Fernwärmeversorgung. Und wir brauchen auch - bitte sehen Sie mir diese Forderung aus dem eigenen Geschäftsbereich nach - noch mehr Studienplätze, mehr überbetriebliche Ausbildungsstätten für eine bessere Qualität in der beruflichen Bildung, gezielte Hilfen für die Förderung des wissenschaftlichen Nachwuchses. All das sind Investitionen, die wir brauchen und die sich auch "rechnen", die in Zukunft Ertrag bringen werden und sich amortisieren.

Ich sage daher mit aller Entschiedenheit: Solange für diese und andere vordringlichen Aufgaben Geld fehlt - oder angeblich fehlt -, solange immer mehr arbeitslose Lehrer zusehen müssen, wie Unterricht ausfällt und ausländische Kinder unzureichend versorgt werden, solange wir an der Ausbildungsförderung für sozial schwächere Familien streichen müssen, das Hochschulbauprogramm kürzen, den Studentenwohnraumbau abgeben, selbst bescheidene Programme zur Förderung des wissenschaftlichen Nachwuchses kaum finanzieren können, Fortbildungs- und Umschulungsmaßnahmen kürzen und Stellen streichen, - solange dies so ist, kann ich nicht das geringste Verständnis dafür aufbringen, wenn auch nur eine einzige Mark aus Steuermitteln für die Vorbereitung und Finanzierung zusätzlicher Fernsehprogramme ausgegeben wird, an denen die große Mehrheit der Bürger - wie alle bisherigen Befragungen zeigen - kein Interesse hat. Die mindestens 60 Milliarden, die wir zur Verkabelung unserer Republik verbrauchen würden, wären fast überall besser angelegt als gerade in den Leitungsschächten unter der Erde. Wie weit muß es mit der geistigen Verfassung einer Gesellschaft gekommen sein, wenn sie tatenlos mit ansähe, wie die Wälder ringsum unter dem "sauren Regen" verkümmern, wo das Geld für den Umweltschutz fehlt - und die sich dann schadlos hielte durch allabendliche Heimatfilme aus jener Zeit, da die Welt angeblich noch in Ordnung war. Man muß kein Grüner, kein Alternativer und schon gar kein Aussteiger sein, um sich dagegen mit aller Entschiedenheit zu wehren.

Tritt der Schaden ein, ist er irreparabel

Schon das ist Grund genug, "Nein danke" zu sagen. Aber es kommt noch mehr und schwerwiegenderes hinzu. Ich meine die Auswirkungen dieser neuen totalen Fernsehwelt auf



unsere Gesellschaft, auf unseren geistigen und kulturellen Umweltschutz. Wenn all das kommt, was die neuen Medienpropheten voraussagen und fordern, dann wird diese Gesellschaft eine andere sein, als sie ist. Und ich füge hinzu: Sie wird eine andere sein als die, die wir wollen. Und sie wird, auch wenn sie den Irrweg erkennt, den Weg zurück nicht mehr finden oder nicht mehr gehen können. Noch haben wir die Chance einer bewußten Entscheidung - nutzen wir sie.

Ich will hier - drei Jahre vor "1984" - keine Schreckensvisionen jener vollelektronischen Gesellschaft zeichnen die uns droht. Ich will mich beschränken auf die Frage, die im Mittelpunkt dieses Forums steht: Die Auswirkungen eines vermehrten Fernsehangebots auf Kinder und Jugendliche. Diese Frage ist in der bisherigen Mediendiskussion viel zu kurz gekommen, oft auch salopp vom Tisch gewischt worden. Sie ist dennoch eine der wichtigsten überhaupt.

Anlaß zu Sorgen gibt es genug und an besorgten Stimmen fehlt es nicht. Sie werden dennoch kaum gehört. Wie kommt das? Wie kommt es, daß oft genug diejenigen, die sich Sorgen um die Entwicklung unserer Kinder machen, sich gegen Kritik rechtfertigen müssen, daß ihnen die wissenschaftliche und politische Beweislast aufgebürdet wird, daß sie ihre Sorgen wie Bittsteller begründen und nicht umgekehrt die anderen sie widerlegen müssen? Verkehrte Welt! Ich akzeptiere diese Rollenverteilung ganz und gar nicht. Es geht nicht an, daß diejenigen, die das Wohl unserer Kinder verteidigen, als "Kulturpessimisten" und "Fortschrittsgegner" auf die Anklagebank gesetzt und einem hochnotpeinlichen Verhör unterzogen werden. Vielmehr müssen diejenigen unter Rechtfertigungszwang gestellt werden, die so massive Eingriffe in das Familienleben und die Entwicklung unserer Kinder und Jugendlichen planen. Es wird Zeit, die Dinge wieder vom Kopf auf die Füße zu stellen. Es geht auch nicht an, erst einmal im Massenversuch an Kindern zu erproben, ob die befürchteten Schäden sich tatsächlich einstellen; tritt der Schaden ein, ist er irreparabel.

Die Behauptung der Medienpropheten, wir wüßten über die Auswirkungen des Fernsehens auf die Kinder zu wenig, ist schlicht und einfach falsch. Es ist richtig, daß die Medienwirkungsforschung - wie alle Forschung - mit jeder neuen Antwort auch eine neue Frage entdeckt, daß sie in vielem noch in den Anfängen steckt. Aber was sie bis jetzt an Ergebnissen im In- und Ausland erbracht hat, das reicht für mein Verständnis aus, um vor noch mehr Fernsehen - vor allem für Kinder - zu warnen. Man muß diese Ergebnisse nur zur Kenntnis nehmen wollen. Und man muß einen Rest von Mut aufbringen, sich seines eigenen Verstandes zu bedienen, die Lücken der Forschung durch eigene Beobachtungen und Erfahrungen zu füllen. Wir brauchen sicher noch mehr und bessere Medienwirkungsforschung. Aber viele Fragen, die Forscher stellen, werden letztlich nur die Eltern beantworten können.

Ein Kind, das vor dem Bildschirm sitzt, spielt nicht

Nehmen wir diese eigenen Erfahrungen und Beobachtungen hinzu, dann scheinen mir jedenfalls die folgenden Feststellungen hinreichend gesichert:

1. Mehr Fernsehprogramme bedeuten zwangsläufig auch längere Fernsehzeiten, vor allem für Kinder und Jugendliche. Das gilt insbesondere für bildungsferne Schichten und für Familien in Problemlagen.
2. Mehr Fernsehen bedeutet - und zwar einerlei, was da geboten wird - zwangsläufig weniger eigene Aktivität. Ein Kind, das vor dem Bildschirm sitzt, spielt nicht, bewegt sich wenig, spricht nicht mit anderen, vollzieht nur nach und tut nichts selbst. Die Hoffnung, daß zumindest gute Kinderprogramme zu vermehrter Eigenaktivität anspornen, ist nach den bisherigen Erkenntnissen wohl wenig berechtigt. Von anderen Programmen und Werbesendungen gar nicht erst zu reden.



3. Mehr Programme bedeuten auch für den jugendlichen Zuschauer letztendlich nicht größere Vielfalt im Programmkonsum, sondern fördern eher die einseitige Programmauswahl, also das "Mehr vom selben". Das heißt nicht zuletzt: Mehr Wahlmöglichkeiten fördern die bestehenden Bildungs- und Wissensunterschiede und ebnen sie nicht etwa ein. Man hat das "knowledge gap" genannt, aber es geht wohl nicht nur um Wissen, sondern auch um Verhalten und Empfinden und das ist wahrscheinlich noch schlimmer.
4. Mehr Fernsehen bedeutet immer mehr unverwertbare Kenntnisse über eine Welt, in der die Kinder nicht leben und immer weniger eigene Erfahrungen über die Welt, in der sie wirklich sind. Ein solcher Kontrast zwischen Fiktion und Realität muß verunsichern, verängstigen und frustrieren, nicht nur Kinder, aber vor allem sie.
5. Und schließlich ist dann noch die Art, wie das Fernsehen "seine Wirklichkeit" strukturiert, das Bruchstückhafte das Ausschnitthafte, die Zeitsprünge und schnellen Schnitte, die rasch wechselnde geistige und emotionale Anpassung an Kurzfristerlebnisse. Ich halte es für sehr plausibel, daß auf diese Weise ganz unbewußt vor allem bei Kindern und Jugendlichen eine Sprunghaftigkeit im Denken und Fühlen entwickelt wird; und daß damit manches zusammenhängt, was viele Eltern und Lehrer heute beklagen: Mangelnde Konzentration, erst recht fehlende Geduld, geringe emotionale Belastbarkeit, Unfähigkeit zu längerfristigen Gefühlebindungen, diffuse Larmoyanz, aber auch Verweigerung gegenüber der Realität, bedingungslose Hingabe an sektiererische Heilslehren, Flucht in Drogen oder in oft unbegreifliche Aggressivität.

All das sind Symptome schon von heute. Wieviel mehr davon können wir uns, wollen wir uns noch leisten? Es ist eher schon zuviel.

Schulen sind keine Reparaturbetriebe gesellschaftlicher Zustände

Es komme keiner damit, die Medienpädagogik in den Schulen werde es schon richten. Die Schulen sind keine Reparaturbetriebe für gesellschaftliche Zustände, die krank machen. Selbst wenn sie es wollten, sie könnten es nicht. Woher nehmen die Medienpropheten ihren Optimismus. Der bisherige Zustand der Medienpädagogik - sofern man überhaupt von einer solchen reden kann - gibt dazu keinerlei Rechtfertigung. Man steckt auch hier in den Anfängen läuft der Entwicklung hinterher und es fehlt nicht zuletzt am notwendigen Geld. Selbst wenn die Schulen hier wesentlich mehr tun als bisher - und das müssen sie -, der Fernseher steht immer noch zu Hause und da kommt die Schule nicht hin. Da zählt vor allem Erziehungsstil und eigenes Vorbild der Eltern. Sie, die Eltern, sind die eigentlichen und entscheidenden Medienpädagogen. Sie haben es heute schon schwer genug, sich gegen die "Kinderbetreuungsmaschine" zu wehren, die Wünsche der Kinder abzuwehren und gegen die eigene Bequemlichkeit anzugehen. Viele von ihnen werden es endgültig nicht mehr schaffen, wenn erst einmal ein Comic-Angebot rund um die Uhr zum Hausrat gehört. Und auch das wird die bildungsferneren Schichten, die sozial schwächeren, die kinderreichen und die Problemfamilien am ehesten und am nachhaltigsten treffen.

Nicht länger schweigen!

Wollen wir das sehenden Auges zulassen? Wollen wir dies gar noch durch staatliche Subventionen fördern und forcieren? Lassen wir uns nicht einreden, daß die Zeit auf rasche Entscheidungen drängt. Wir haben Zeit und wir sollten sie uns nehmen. Ich wende mich daher an alle, die sich mitverantwortlich fühlen, über die Parteigrenzen hinweg. Ich appelliere gerade an die Konservativen, die sich doch so um den Wertverlust in unserer Gesellschaft, um den "Mut zur Erziehung" und um das Wohl unserer Familien sorgen. Und ich appelliere auch an die Kirchen: Wer in Hirtenbriefen die Staatsverschuldung als Belastung künftiger Generationen beklagt, darf sich in der Mediendiskussion nicht länger verschweigen.

(-/17.12.1981/ks/ca)

+ + +

Verantwortlich: Willi Carl

Vernünftiger Umgang
mit wertvollen Rohstoffen
Recycling-Papier

